

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 28 (1948-1949)
Heft: 1

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

★ Politische Rundschau ★

Wegen Abwesenheit des Schriftleiters im Ausland fällt die
«Lage-Besprechung» aus.

Der Vorstand der Schweizer Monatshefte.

Militärische Umschau

Der Griff auf die Reserven

Als Bundesrat Minger an der Spitze des E.M.D. trat, stellte er mit Schrecken fest, daß die Reserven an Uniformen und militärischen Ausrüstungsgegenständen nahezu aufgebraucht waren. Das Parlament hatte in den vorangegangenen Jahren versucht, das Militärbudget künstlich zu drosseln. Daher war das E.M.D., gegen den Willen von Bundesrat Scheurer, gezwungen gewesen, die Rekruten aus den vorhandenen Kriegsreserven zu bekleiden und auszurüsten. Eine entsprechende Ergänzung der Reserven unterblieb.

In der Botschaft vom 6. Juni 1930 erklärte der Bundesrat, die Reservebestände an Kleidern und Material seien in den letzten Jahren stark zurückgegangen, an anderen Orten würden Reserven überhaupt fehlen. Am 4. November 1930 verlangte er einen außerordentlichen Kredit zur Beschaffung von Kriegsmaterial im Betrage von 16 Mio., hievon wurden 12 Mio. allein für die Aufnung der aufgezehrten Reserven benötigt und 1933 mußten die Räte nochmals 15 Mio. für die Aufnung der militärischen Bekleidungs- und Ausrüstungsreserven bewilligen. Jahrelang wurde auch mehr Artilleriemunition verschossen als fabriziert, so daß auch hier die notwendigen Reserven immer mehr schwanden. Glücklicherweise boten die Jahre von der Machtergreifung der Nationalsozialisten bis zum Kriegsausbruch Gelegenheit, den Fehler zu korrigieren und die Kriegsmaterialreserven wieder auf den notwendigen Stand zu ergänzen.

Hat man aus diesen Erfahrungen etwas gelernt? Da das 400 Millionenbudget in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung nicht ausreicht, um allen dringenden Bedürfnissen gerecht zu werden, sucht man wiederum den einfachsten Ausweg: man greift auf die Reserven. Die Staatsrechnung von 1946 wies noch einen Ausgabenposten von 16 Mio. für Bekleidung und persönliche Ausrüstung auf,

im Voranschlag für 1947 waren es 9,4 Mio.,

im Voranschlag für 1948 nur noch 218 000 Franken.

Wiederum werden für die Bekleidung und Ausrüstung der Rekruten die vorhandenen Kriegsreserven herangezogen,

1947 im Umfange von etwa 7 Mio.,

1948 aber im vollen Umfange von rund 16 Mio.

Es wäre ein Irrtum, zu glauben, daß die Reserven während des vergangenen Aktivdienstes einen anormal hohen Bestand erreicht hätten und sich daher ein gewisser Abbau aufdränge. Es handelt sich hier um eine *reine Sparmaßnahme*, wie in den 20er Jahren. Hinsichtlich des Kriegsmaterialbudgets von 1947 hatte der Bundesrat noch ausdrücklich festgestellt, «daß die Entnahme von Bekleidung und Ausrüstung aus der Reserve als *einmalig* betrachtet werden muß, da die Reserven auf einem minimalen Bestand belassen werden müssen» (Bundesblatt 1946, Bd. III, S. 695). Diese Zusicherung ist nicht eingehalten worden. Im laufenden Jahr stehen praktisch überhaupt keine Kredite für Bekleidung und Ausrüstung zur Verfügung. Man muß daher annehmen, daß die Reserven *unter* den 1946 ins Auge gefaßten Minimalbestand sinken, und zwar in einem Jahr, das bis jetzt große Ähnlichkeit mit dem Jahr 1938 aufweist!

Abgesehen von der Schwächung unserer materiellen Bereitschaft trifft diese schwerwiegende Sparmaßnahme die vielen Militärschneider, die bisher als Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen für die kantonalen Zeughäuser gearbeitet haben und sich nun nach einer anderen Beschäftigung umsehen müssen. Viele von ihnen werden durch den Verlust ihrer bisherigen Arbeit und die Umstellung auf einen anderen Erwerb sehr hart getroffen. Gelingt ihnen aber die Umstellung, so sind sie vielleicht in späteren Jahren nicht mehr bereit, Uniformen zu nähen. «Der öffentliche Dienst» vom 5. März 1948 publizierte ein Schreiben des E.M.D., in welchem das Bedauern über diese Sachlage zum Ausdruck gebracht wird. In welchem Stadium der Budgetberatung die erforderlichen Kredite, gemäß Schreiben des E.M.D., gestrichen wurden, entzieht sich unserer Kenntnis. Tatsache ist aber, daß in dem an die Räte gelangten Budgetentwurf nur 218 000 Fr. eingesetzt sind. Die Verantwortung hierfür trägt nicht die Bundesversammlung. Das Parlament trifft nur indirekt die Verantwortung, diesen niedrigen Posten nicht beanstandet zu haben.

Eine Erhöhung des Militärbudgets kommt zur Zeit nicht in Frage. Wie in dieser Zeitschrift schon wiederholt betont wurde, sind aber durch ein Zusammenlegen und durch Beseitigung von Doppelspurigkeiten erhebliche Personaleinsparungen möglich, ohne die Kriegsbereitschaft im geringsten zu beeinträchtigen. Hier muß angesetzt werden. Die Tabellen auf Seite 24 dieser Nummer der Monatshefte sind aufschlußreich. Wenn die ständerätliche Kommission für die Bundesfinanzreform kürzlich in Davos Personaleinsparungen forderte, war sie sicher im Recht. Sie dürfen aber nicht verlangt werden, um das Militärbudget zu entlasten, sondern sie müssen verlangt werden, um wichtige, heute vernachlässigte militärische Aufgaben erfüllen zu können.

Planmäßige militärische Ausbildung

Rund 200 000 Wehrmänner rücken dieses Jahr in die Wiederholungskurse ein. Es rechtfertigt sich daher, einen Überblick der maßgebenden Anordnungen zu geben.

Die *Ziele* sind: Detailausbildung — gefechtstechnische Schulung der Einheiten, der Truppenkörper und der verbundenen Waffen — Führerschulung.

Den *Rahmen* bildet grundsätzlich das kombinierte Regiment der Infanterie oder der leichten Truppen. Beim Infanterie- und leichten Regiment wirken Artillerie, Bataillone, Übermittlungstruppen, Flab-, Sanitäts- und Verpflegungstruppen der Heeresseinheiten mit. Die Stammbataillone außer Regimentsverband und die Auszugstruppen der Grenzbrigaden werden einer Regimentsgruppe zugewiesen, oder sie bilden einen Regimentsverband ad hoc. In der Regel sind zwei komb. Rgt.-Gruppen einer Heereseinheit gleichzeitig im Dienst, so daß Übungen auf Gegenseitigkeit möglich sind. Bei den Geb.Br. 11 und 12 und bei den leichten Brigaden führt dies zu eigentlichen Brigade-W.K. Die Geb.Br. 11 verfügt sogar über drei Rgt. Häufig sind Kombinationen von Grenz- und Territorialkursen mit den W.K. entsprechender Auszugstruppen.

Hinsichtlich der *Zeiteinteilung* ist festgelegt, daß grundsätzlich die Hälfte der Zeit der Einheit zur Verfügung steht. Bei Artillerie, Flab und Pontonieren etwas weniger wie die Hälfte, da hier mehr Übungen im Abteilungs- bzw. Bataillonsverband vorgesehen sind. Während der verbleibenden Zeit soll im Bat. und Rgt. Gefechtsausbildung betrieben werden: Gefechtsexerzieren, Beweglichkeitsübungen, Schulung der verbundenen Waffen und gegen Ende des W.K. 2—3tägige Felddienstübungen auf Gegenseitigkeit. Der Sonntag soll Ruhetag sein.

Schulung der verbundenen Waffen: Für einen Drittel der Rgt. finden komb. Scharfschießen der Infanterie mit Artillerie statt. Ferner sollen die Flieger an Übungen der Erdtruppen teilnehmen. Fliegerschießdemonstrationen erfolgen nur für diejenigen Rgt., die diese Übungen 1947 nicht durchführen konnten. In Zukunft sollen diese Fliegerschießdemonstrationen in den Rekrutenschulen vorgenommen werden.

Bei der *Gefechtsausbildung* wird besonderes Gewicht gelegt auf die Tarnung der Erdtruppen gegen Flieger und auf ihr Verhalten bei Fliegerangriff. Für 12 Mann pro Einheit soll eine Spezialausbildung im Flugzeugerkennungsdienst erfolgen. Weitere besondere Bedeutung wird der Panzerabwehr und dem Verhalten gegen Panzer beigemessen, wobei die Feindpanzer durch Panzerwagenattrappen oder behelfsmäßig errichtete Attrappen dargestellt sind. Die Ausbildung mit Exerzier-Panzerwurfgranaten soll weiter gefördert werden. Die Tankbüchse wird heute nicht mehr zur Panzerabwehr verwendet, sondern dient als Waffe gegen Punktziele auf große Entfernungen und gegen die Panzer-Begleitinfanterie. Gasausbildung ist nur für die Festungsartillerie vorgesehen.

Bei der *Schießausbildung* soll die Treffsicherheit gegen feldmäßige Ziele gesteigert werden. In Zukunft sind Wettschießen zur Erlangung von Schießauszeichnungen wieder möglich.

Das Gelände und die *Nacht* sind unsere großen Verbündeten. Da ein Sichzurechtfinden bei Nacht in unserem kupierten Gelände schwierig ist, erfordert diese Ausbildung auch bei einheimischen Truppen ein systematisches Vorgehen. In unseren kurzen Ausbildungsdiensten bildet dabei die Gewährung der notwendigen Ruhe weitere Schwierigkeiten.

Bei den einzelnen Truppengattungen interessieren noch nachfolgende *spezielle Anordnungen*:

In jeder Füsilierkp. ist die Ausbildung eines Stoßtrupps zu zwei Unteroffizieren und zwölf Mann vorgesehen. — Die Mannschaften der leichten Truppen werden in die Funktelephonie eingeführt. — Die Panzerwagenkp. werden umgeschult auf die tschechischen Panzerjäger G. 13 mit der 7,5 cm Panzerabwehrkanone.

Für das Schießen der Artillerie bildet die Abteilung die Feuereinheit. Die Artillerie führt Umschulungskurse durch für die hippomobile Geb.Art. zu motorisierter Geb.Art. und von acht Abteilungen hippomobiler Feldartillerie auf 10,5 cm Motorhaubitzen. Die Artilleriefunker morsen nicht mehr, sondern kennen nur noch die Telephonie.

Bei den Fliegern werden zwei kombinierte W.K.-Gruppen zu je zwei Flugplatzregimentern gebildet, die mit Doppeltrainingskursen von zwei Fliegerregimentern verbunden werden. Es sollen auch kombinierte Übungen der Fliegertruppen mit der Bodenorganisation vorgenommen werden. 1—2 Flab-Rgt. der Armee flab haben ihren W.K. parallel. Zum Teil wirken die Flab bei der Flugplatzverteidigung mit, zum Teil finden Übungen der Flab gegen Flieger statt. Das Flugplatzregiment 4 wird umgeschult auf Mustangjäger. — Die Hälfte der Flabtruppen führen während zwei Wochen Schießkurse mit Scharfschießen gegen Schleppziele durch. Die gleiche Anordnung ist für die Hälfte der Flabzüge der Infanterie und der Art.Flav 34 mm getroffen.

Bei der Sanität arbeiten nur 20 Einheiten im W.K.-Verband. Die übrigen 18 Einheiten werden für den Sanitätsdienst in Schulen und Kursen aufgelöst. Die Verpflegungstruppen üben den aktiven Einsatz der Bäckerkompagnien.

Bei einzelnen Regimentern sind als besondere *Versuche* vorgesehen: die Motorisierung der Infanteriestäbe und die Einführung der Funktelephonie bis in die Infanterie-Kampflinie.

Diese *planmäßigen Anordnungen* und die auch in diesem Jahr zu erwartende *Einsatzbereitschaft* von Kader und Truppe berechtigen zum *Vertrauen* in eine tüchtige *Aufbauarbeit*.

Bradley, der neue Generalstabschef der USA, äußerte sich vor kurzem:

«Erinnern wir uns daran, daß die menschliche Natur sich nicht ändert, wenn man sie in eine Uniform packt. Solange die Menschen habsüchtig und gierig bleiben, wird es schmutzige Wäsche zu waschen geben». (NZZ. Nr. 548.)

Leider gibt es bei uns immer wieder Leute, die darauf ausgehen, ausschließlich die schmutzige Wäsche auszubreiten und das viele Positive in unserer Armee zu verleugnen. Möge die vom Kommandanten der 4. Division an der neulichen solothurnischen Offizierstagung geforderte *Zurückhaltung* in der *Kritik* nicht nur für Offiziere gelten, sondern für alle Bürger unseres Landes, denen die *Lebendigerhaltung des Wehrwillens* am Herzen liegt.

Miles.

Italien im Wahlfieber

Der 18. April ist nicht allein für Italien, sondern für ganz Europa ein Datum schicksalhafter Bedeutung, handelt es sich doch nicht nur um die Wahl des ersten Nachkriegsparlamentes und Senates und um die Annahme oder Verwerfung der von der Konstituante in zweijähriger, mühseliger Arbeit entworfenen neuen Staatsverfassung, sondern vor allem um die Entscheidung über die zukünftige *Zugehörigkeit Italiens zum Westen oder Osten*. Von welcher enormen Konsequenz für Europa im allgemeinen und die Schweiz im besondern die Entscheidung des italienischen Volkes ist, liegt auf der Hand. Entscheidet es sich eindeutig für die Beibehaltung des westlichen Kurses, so wird die westeuropäische Union dadurch so gestärkt werden, daß, mit Hilfe des Marshallplanes und der wohl auf die Länge nicht zu umgehenden Garantieerklärungen der USA an Westeuropa, die Rettung unseres unglücklichen Kontinentes vor der roten Sturmflut für die nächste Zukunft als gesichert gelten darf. Entscheidet sich die Mehrheit aber für den Osten, und damit für die Aufrichtung einer Volksdemokratie nach Balkanmuster, so würde Sowjetrußland dadurch einen so gewaltigen Prestigeerfolg und Machtzuwachs erringen, daß, infolge der unausbleiblichen Rückwirkungen auf Frankreich und dadurch indirekt auf ganz Europa, ein Vorentscheid für die Sowjetisierung unseres Kontinentes fallen würde. Für die Schweiz wäre eine solche Entwicklung mit der Lage im Sommer 1940 vergleichbar, als die Wehrmacht vor den Toren Genfs auftauchte. Unsere ganze Südgrenze bis zum Großen St. Bernhard würde eine Verlängerung des eisernen Vorhanges bilden. Mit einem Schlage würde auch die ganze angelsächsische Position im östlichen Mittelmeer mit den griechischen und türkischen Vorposten so stark von der Nordflanke bedroht, daß militärische Gegenmaßnahmen durchaus im Bereich der Möglichkeiten liegen würden. — Die Errichtung amerikanischer Großflugplätze in Lybien, gegenüber Sizilien, ist in dieser Hinsicht symptomatisch. Würde sich aber eine siegreiche Linke in Italien, und vor allem Rußland damit abfinden, sich widerstandslos

aus einem eben gewonnenen Glacis hinausmanövrieren zu lassen? Diese Hinweise genügen, um die *historische Bedeutung des Abstimmungstages* hervorzuheben.

Die einsichtigen Italiener sind sich des eminent wichtigen Volksentscheides bewußt, was sie allerdings, entsprechend ihrem individualistischen Charakter, nicht davon abhält, sich — wenigstens auf bürgerlicher Seite — in Dutzende von Parteien zu zersplittern. Schon jetzt hat die Propagandaschlacht mit Wucht eingesetzt. Bilder- und Spruchplakate in allen Farben finden auf den Hausmauern beinahe keinen Platz mehr, und die großen sonntäglichen Propagandareden der Parteiführer zeichnen sich durch unerhörte Schärfe der Angriffe und Gegenangriffe aus. Skandalaffären werden schonungslos zum Schaden der Gegenparteien ausgebeutet und der große Gegensatz Amerika-Rußland wird im hintersten Weiler propagandistisch verwertet. Trotz alledem ist bis heute das vor Beginn des Wahlkampfes unter allen Parteien vereinbarte Stillhalteabkommen (*tregua elettorale*), das eine ungehinderte Propagandakampagne sichern soll, im großen Ganzen respektiert worden. Durch Verstärkung der Polizeitruppen ist die Regierung überzeugt, den störungsfreien Verlauf der Wahlen garantieren zu können. Die beiden großen Parteien, um die sich der Abstimmungskampf polarisiert, sind die *kommunistische* unter *Palmiro Togliatti* und die *christlich-demokratische* unter *Alcide De Gasperi*, der sich immer mehr als ein Staatsmann von Format zeigt.

Die Kommunisten an und für sich dürften kaum viel mehr als 20 % der Stimmbfähigen ausmachen, aber durch ihre perfid geschickte, und dadurch gefährliche Tarnung — Verbindung mit den Nenni-Sozialisten und anderen Linkssplittergruppen zum *fronte popolare democratico* unter dem harmlos-patriotischen Garibaldi-Kopf — haben sie ihre Chancen stark verbessert. Kein nach Moskau hinweisendes Hammer- und Sichel-Zeichen ist mehr zu entdecken. Selbst wenn sie die Mehrheit nicht erringen werden, dürfte der von ihnen dirigierte Linksblock doch so stark bleiben, daß er auch nach einem Sieg der Mittel- und Rechtsparteien ein ernstzunehmender Störungsfaktor bleiben wird. Man rechnet im allgemeinen mit einer Abnahme der Linksstimmen in Oberitalien und einer Zunahme in Süditalien, eine infolge der strategisch-politischen Bedeutung der Poebene immerhin günstigere Entwicklung als umgekehrt.

Der Wahlentscheid wird übrigens weitgehend von der *Stimmbeteiligung im bürgerlichen Lager* abhängen. Deshalb mahnen alle Parteien nachdrücklich zur Erfüllung dieser Bürgerpflicht, so daß mit einem Massenaufmarsch, und damit automatisch einer Stärkung der nichtmarxistischen Parteien gerechnet werden darf. Statistisch begründete Prognosen räumen dem Linksblock 35—45 % der Stimmen ein.

Im gegenwärtigen Wahltrubel verschwinden die im letzten Vierteljahr erzielten Fortschritte auf *wirtschaftlichem Gebiete*. Dank der sehr massiven Unterstützung Amerikas, dessen geschenkte Kohle und Getreide heute Italien buchstäblich am Leben erhalten, hat sich die Versorgungslage unseres südlichen Nachbarn weiterhin bei sinkenden Preisen so stark gebessert, daß der beschäftigte Arbeiter heute den Reallohn von 1938 wieder erreicht, die Arbeiterin ihn sogar überschritten hat. Darunter liegen noch die Angestelltensaläre. Eine ähnliche Warenfülle ist in Europa nur noch in der Schweiz und in Belgien zu finden. Im Zuge dieser Versorgungsverbesserung wurden in den letzten Wochen die Milch-, Tabak- und Benzinrationierung aufgehoben. Alle drei Produkte sind frei in beliebigen Mengen erhältlich. Sogar das Sonntagsfahrverbot wurde probeweise für einen Monat sistiert. Trotz alledem bleibt die Lage für die vielen hunderttausend Arbeitslosen, und die von der Deflationskrise erfaßten Industriellen, Kaufleute, Handwerker recht schwierig.

Die Staatseinnahmen sind trotz des Fehlschlages der Patrimonialsteuererklärungen so erfreulich, daß das Wiederaufbauprogramm in flottem Rhythmus weitergeht. Trotz der starken Erhöhung des Banknotenumlaufes am Jahresende auf beinahe eine Billion Lire (gegenüber ca. 750 Milliarden anfangs 1947) haben sich die

Wechselkurse der ausländischen Banknoten im großen Ganzen gehalten. Der Schweizerfranken schwingt um 150 Lire herum. Noch viel stabiler sind die Exportwechselkurse: der Dollar hält sich seit Monaten auf 570—575, das Pfund auf 1800—1850, so daß wohl in absehbarer Zeit mit der Stabilisierung der Lira auf dieser Basis gerechnet werden darf. Die offiziellen und freien Kurse sind heute sozusagen identisch.

Von der Deflationskrise sind in erster Linie die Großkonzerne der Metallbranche Oberitaliens betroffen, von denen schon eine ganze Reihe unter staatliche Aufsicht gestellt werden mußte. Daß das Publikum der endlosen staatlichen Unterstützungen an diese liquidationsreifen Unternehmungen überdrüssig geworden ist, verraten die katastrophalen Tiefkurse der betreffenden Aktienwerte an den Börsen. Wegen dieses Marasmus und seiner Ursachen dürfte trotz der erleichterten Anlagebedingungen (Reduktion der Sperrzeit von vier auf zwei Jahre) ausländisches Kapital nur in sehr kleinen Mengen nach Italien fließen, da ja die internationale Kapitalbewegung Vertrauen in das Schuldnerland und volle Freizügigkeit zur Voraussetzung hat. Eine radikale Besserung der Lage der italienischen Industrie dürfte erst nach Aufgabe des unsinnigen Entlassungsstops und der Rationalisierung der Betriebe möglich sein, zwei Maßnahmen, die erst nach dem 18. April in Angriff genommen werden können. Gerade auf diesem Gebiete zeigen sich erst jetzt die furchtbaren Folgen der fünfzehnjährigen Autarkiewirtschaft, die weiten Zweigen der italienischen Industrie eine Treibhausblüte gebracht hat. Nach Überwindung dieser Schwierigkeiten dürfte auch eine Intensivierung des italienischen Außenhandels möglich werden, der im Jahre 1947 mit ca. 430 Milliarden Lire auf der Import- und 200 Milliarden Lire auf der Exportseite ungefähr den schweizerischen Ziffern entspricht, bei elfmal größerer Bevölkerung.

Um Italien *lebensfähig* zu erhalten, müssen vor allem zwei Vorbedingungen erfüllt werden: ein freier Güteraustausch und eine Placierungsmöglichkeit für seine pro Tag um 1000 Seelen wachsende Bevölkerung. Aus diesem Grund unterstützt es mit allen Kräften eine zukünftige Zollunion mit Frankreich, in der Hoffnung, diese später auf ganz Westeuropa ausdehnen zu können, und kämpft es verbissen um die Rückgabe seiner Kolonien. Bis jetzt haben sich — zwar aus ganz verschiedenen Gründen — die Russen, Franzosen und nun auch die Amerikaner damit einverstanden erklärt, sei es auch in der Form einer Treuhandschaft. Reserviert, wenn nicht gerade ablehnend steht Großbritannien dieser italienischen Forderung entgegen. Wenn Italien seinen Waren- und Menschenstrom nicht ins Ausland lenken kann, wird es ein gefährlicher Unruheherd im Mittelmeer bleiben. Caveant consules, bevor es ein zweites Mal zu spät ist.

Peregrinus.

Chronik aus Paris

In meinem Bericht vom Monat Januar hatte ich ein starkes Anschwellen des *Gaullismus* — auf Kosten der *Troisième Force* — als wahrscheinlich angekündigt. Diese Entwicklung erschien mir folgerichtig, weil die finanziellen Maßnahmen *Mayers* unpopulär sind, das Zeichen der Ungerechtigkeit tragen, und die Art ihrer technischen Durchführung ein Hazardspiel ist. Zu allem kündigte man auch noch von kommunistischer Seite inspirierte soziale Bewegungen an, die dem Gaullismus in die Hände gearbeitet hätten.

Im Augenblick meiner Niederschrift haben sich entsprechende soziale Bewegungen noch nicht ereignet, mit Ausnahme eines Streiks, der soeben in den Kohlenminen im Norden des Landes ausgebrochen ist. Es hat aber nicht den Anschein, als

sei er das Signal zu der wahren, überall losbrechenden Offensive. Das politische Gleichgewicht ist nicht auf gewaltsame Weise zerstört worden. Die einander gegenüberstehenden Kräfte beobachten sich gegenseitig und halten sich fast genau die Waage. Es scheint, als ob jeder vor der Verantwortung zurückschrecke, einen wirklichen Konflikt zu entfesseln.

Es ist darauf hinzuweisen, daß die parlamentarische Welt im Verlauf der vergangenen Wochen ein großes Beispiel der Vernunft gegeben hat. Die Mehrzahl der Abgeordneten hatte nur mit Bedauern für die finanziellen Maßnahmen gestimmt und nur, um nicht einer vielleicht unlösbaren Regierungskrise gegenüberzustehen. Als sie aber in ihren Wahlkreisen wieder mit ihren Wählern in Verbindung traten, wurden sie mit einem solchen Zetergeschrei empfangen, daß ihr Bedauern noch verschärft wurde. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung gaben sie sich Rechenschaft von der Notwendigkeit, wenigstens die Härten gewisser superfiskalischer Maßnahmen zu mindern. So ist es zu erklären, daß der Plan Mayer von neuem in Frage gestellt wurde.

Es ist immer ärgerlich, auf erledigte Dinge zurückkommen zu müssen. Diese Arbeit war weder geeignet, das Ansehen der Regierung zu erhöhen, noch konnte sie die Mehrheit stärken. Es mußte im Gegenteil befürchtet werden, einem gefährlichen Abbröckeln dieser Mehrheit zuschauen zu müssen und außerdem den Plan Mayer, unter dem Vorwand der Abänderung einzelner Teile, vollkommen zerstört zu sehen. Die allseitig bewiesene Vernunft hat sich einer solchen extremen Lösung entgegengestellt. Die Regierung war nicht halsstarrig, und die Abgeordneten sind der Demagogie nicht zum Opfer gefallen.

Das Ergebnis ist ein ehrenvoller Vergleich

Ein großer Teil der aus dem Verkehr gezogenen 5000 frs.-Noten ist zurückbezahlt worden. Und diejenigen Steuerzahler, für welche die Vorwegnahme der Steuer eine untragbare Last bedeutet, können ihre Argumente vor besonderen Kommissionen geltend machen. Schließlich hat der umgearbeitete Plan eine größere Mehrheit gefunden, als angenommen werden konnte. Dies war ein gutes Vorzeichen am Vorabend der Osterferien, während denen das Parlament für einen Monat auseinandergeht.

Andererseits ist seit Beginn des Jahres die Politik des RPF (*Rassemblement du Peuple Français*) vorsichtig gewesen. Die Bewegung wirbt Anhänger, gewinnt an Festigkeit, organisiert sich. In den Versammlungen wird gesagt, die Gefahr komme immer näher, und man bereite sich darauf vor, ihr entgegenzutreten. Man stößt harte Worte aus gegen die im Amt befindlichen Minister, während man *Robert Schuman*, dem Präsidenten des Ministerrats, immerhin Rücksichten entgegenbringt.

Der glänzendste Tenor des RPF ist *André Malraux*, der sich als ein Redner von ganz großem Format offenbart. Er wandte sich im Pleyel-Saal an die Intellektuellen, und er behandelte ein Gebiet, das weit über das politische hinausging. Seine Verteidigung der Kultur und der bleibenden Werte der Zivilisation hat großen Eindruck hervorgerufen. Es war auch eine Verpflichtung in dieser Rede eingeschlossen: der Staat, die vom RPF geplante starke Regierung, wird die Unabhängigkeit des Intellektuellen achten und seine Freiheit garantieren.

Es sei hier beiläufig bemerkt, daß bei den Intellektuellen eine starke Erregung herrscht und man, unter den verschiedensten Bezeichnungen, recht viele Bewegungen auftauchen sieht, die ein scharfer Beobachter als kommunistisch angehaucht erkennt. Es wird erklärt, man sei gegen den Kapitalismus, aber für den Humanismus... Im Reich der bildenden Künste und der Literatur zeigen sich große Spaltungen. Ein Zeichen der Zeit.

Wenn einerseits *Malraux'* Stellung zum Problem der geistigen Freiheit genommen hat, so ist andererseits *Palewski* die Aufgabe zugefallen,

die Außenpolitik des RPF

zu umschreiben. Er ist gleichzeitig für die Forderung von Garantien gegen ein Wiedererstehen eines zentralisierten Deutschen Reiches und für die Bildung eines europäischen Staatenbundes eingetreten. Auffassungen, gegen die man nichts einwenden kann.

Auf Grund dieser Tätigkeit kann gefolgert werden, daß das RPF bestrebt ist, die öffentliche Meinung zu beruhigen. Selbstverständlich wird auch weiterhin von der Illegalität der Verfassung und des gegenwärtigen Parlamentes gesprochen. Aber diese Auffassung wird viel weniger stark betont. Es fiel auch auf, daß die Rede General *de Gaulles* in Compiègne einen versöhnlicheren Ton anzustimmen schien, als dies gewöhnlich der Fall ist.

Und nun zeigt sich plötzlich, dank der Initiative von *Pleven*, dem einstigen Minister des Generals, die Möglichkeit einer

Verständigung zwischen Gaullismus und Dritter Kraft.

Es stellt sich heraus, daß *Pleven* mit der kleinen Gruppe seiner Freunde, die ihre Sitze im Zentrum innehaben, der Beherrscher der parlamentarischen Situation geworden ist. Sollte er der Regierung seine Unterstützung entziehen, wäre keine Mehrheit mehr vorhanden. *Pleven* sähe es gern, wenn der Riß, der jetzt die Nicht-Kommunisten trennt, wieder zusammengelötet werden könnte. Angesichts der Gefahr entspräche eine solche Politik den Gesetzen der Vernunft und der Wahrheit. Die Ereignisse von Prag haben auch die Augen derjenigen geöffnet, die sich am hartnäckigsten weigerten, klar zu sehen.

Dieser Politik steht jedoch augenblicklich noch die Unbeugsamkeit der vom General eingenommenen Haltung entgegen und die Halsstarrigkeit, mit der sie *Léon Blum* ausschließt. *Léon Blum* aber kann wohl die Mehrzahl der Stimmen der augenblicklichen parlamentarischen Mehrheit hinter sich haben, er hat aber nicht die Majorität im Parlament. Und die Stunde naht, in der das Land nicht mehr von einer nur fiktiven Mehrheit regiert werden kann. Infolge des Ernstes der internationalen Lage hängt die Zukunft Frankreichs von der Art und Weise ab, wie dieses Problem gelöst werden wird.

Bertrand de la Salle.

Die Lage in England

Rückwirkung des Prager Umsturzes

Wie alle Länder des Westens steht England unter dem Eindruck des *kommunistischen Umsturzes in Prag*, und der Selbstmord *Jan Masaryks*, der hier eine wohlbekannte Persönlichkeit war, hat ihm noch eine besonders tragische Note gegeben. Aber diese Ereignisse haben auch aufrüttelnd gewirkt und in den denkenden Engländern ein Gefühl für die Verantwortung geweckt, die Großbritannien als — trotz allem — führenden Staat West-Europas für seine Verteidigung hat. So hat es in diesen Wochen eine *Initiative* entfaltet, die auf Seiten der anderen Beteiligten ein bereitwilliges Entgegenkommen gefunden hat, so daß Bedenken und Einwände, die früher einer Zusammenarbeit im Wege standen, mit überraschender Schnelligkeit überwunden wurden. Die gemeinsame Verwaltung der westlichen Zonen Deutschlands durch die Okkupationsmächte USA, England und Frankreich ist näher als je. In der gleichen Linie liegt der Beschluß der Pariser Sechzehn-Mächte-Konferenz,

die westlichen Zonen Deutschlands zum Beitritt einzuladen, wenn die Ausführung auch zunächst in der Hand der Besetzungs-Behörden liegt. Ein weiteres Zeichen der Konsolidierung ist die Einsetzung einer gemeinsamen Organisation, die bei der Ausführung des Marshall-Planes mit der zuständigen amerikanischen Behörde zusammenwirken soll. Das setzt voraus, daß dieser Plan das amerikanische Repräsentantenhaus ebenso ungeschädigt passiert wie den Senat, der ihm mit so erfreulicher Mehrheit zugestimmt hat. Diese Hoffnung ist durch die jüngste energische Rede Präsident Trumanns vor dem Kongreß noch gestärkt worden. Von gleicher Wichtigkeit ist die Erklärung seiner uneingeschränkten Zustimmung zu dem *Fünf-Mächte-Pakt*, der am gleichen Nachmittage in Brüssel zwischen Großbritannien, Frankreich und den drei Benelux-Ländern auf fünfzig Jahre abgeschlossen worden ist. In der jetzigen kritischen Zeit wird die größte Bedeutung die Klausel des Bündnis-Vertrages finden, die *alle Alliierten zu gemeinsamer Abwehr verpflichtet, falls einer von ihnen angegriffen wird*. Der größte Teil dieser Last wird im Ernstfalle auf dem stärksten von ihnen liegen, d. h. auf Großbritannien. Aber die englische Stimmung hat sich unter dem Eindruck der letzten Vorgänge so weit entwickelt, daß dieser Gedanke nichts Abschreckendes mehr hat. Das zeigt die Aufnahme des Vertrages im Unterhaus, wo ihm der Leiter der Opposition, *Winston Churchill*, Beifall spendete. Das ist freilich nicht verwunderlich, da er *zuerst* den Gedanken einer europäischen Union in die Welt gesetzt hat. Ebenso geht es aus der von Mitgliedern aller Parteien eingebrachten Resolution für die Einrichtung eines *Rates für West-Europa* zum Schutze der europäischen Demokratie und der Werte der westlichen Zivilisation hervor, der bereits annähernd hundert Unterschriften gefunden hat. Auch diese Bewegung steht mit der Richtung der amerikanischen Politik im Einklang.

Das Weißbuch

Wie unentbehrlich die amerikanische Hilfe für den Wiederaufbau der englischen Wirtschaft ist, zeigt aufs deutlichste das vom Schatzkanzler soeben herausgegebene Weißbuch *Economic Survey for 1948*. Es ist eine sehr sorgfältige und gewissenhafte Arbeit, die sich von ihrem Vorgänger, der Übersicht für 1947, durch jeden Verzicht auf Schönfärberei unterscheidet. Es wäre freilich schon mit Rücksicht auf den Eindruck in Amerika verfehlt, wollte man die Schwierigkeiten der Lage als geringer darstellen, als sie in Wirklichkeit sind. Es ist nicht nur realistischer, sondern auch politisch klüger, rundweg einzugestehen, daß England «ohne auswärtige Hilfe keine Hoffnung hat, innerhalb der nächsten Jahre sein wirtschaftliches Gleichgewicht unter Aufrechterhaltung einer angemessenen Lebenshaltung zu finden» (S. 243). Es ist auch ein Zeichen planwirtschaftlicher Ernüchterung, daß das Weißbuch sich mit der Planung für ein halbes Jahr begnügt, noch dazu eines halben Jahres, von dem beinahe drei Monate bereits verflossen sind. Die Sachlage, die das Weißbuch feststellen muß, ist auch gewiß kein Beweis für den Erfolg der bisherigen Planwirtschaft. Aber wenn man es auf die Heilmittel ansieht, die zur Heilung der zutreffend diagnostizierten Krankheit vorgeschlagen werden, so ist man wieder enttäuscht. Es betont die dringende Notwendigkeit der schleunigen Vermehrung der Arbeitskräfte im Kohlenbergbau, der Landwirtschaft und in der Textil-Industrie; es gibt die Zahlen an, die im Laufe des Jahres 1948 erreicht werden müssen, wenn das Ziel der notwendigen Produktion erfüllt werden soll. Aber mit welchen Mitteln die fehlenden Menschen in diese Gewerbe hineingezogen werden sollen und können, verrät es nicht. Es zeigt zur Evidenz, daß eine Steigerung der industriellen Produktion absolut unerläßlich ist; aber es scheut vor jeder Aufforderung an die Arbeiterschaft zurück, die Arbeitszeit zu verlängern.

Daß die Regierung die Notwendigkeit einer Umkehr der bisherigen Politik der Gewerkschaften erkannt hat, zeigt die Erklärung über «Personal-Einkommen, Kosten

und Preise», die Attlee im Februar vor dem Parlament abgegeben hat. Aber sie hat noch zu zeigen, daß sie genügend Energie und Mut besitzt, um künftigen Versuchen der Gewerkschaften, trotzdem die Löhne zu steigern, entschieden entgegenzutreten. Die Lohnsteigerungen im Transportgewerbe, die kurz nach der Erklärung des Premierministers erfolgten, müssen in dieser Beziehung einigermaßen skeptisch machen. Das Weißbuch berechnet, daß etwa $51\frac{1}{2}$ % des Einkommens gespart werden müssen, damit die Inflation nicht überhand nimmt; aber es verhehlt nicht, daß die Chancen einer solchen freiwilligen Selbstbeschränkung sehr gering sind. Dafür verweist es auf die Mittel der staatlichen Finanzpolitik. Welchen Gebrauch der Schatzkanzler von diesen Mitteln machen wird, werden wir erst am 6. April erfahren, wenn Sir *Stafford Cripps* sein Budget im Unterhaus entfalten wird.

Über die Maßregeln der Regierung hinaus appelliert das Weißbuch an die «entschlossene Mitarbeit des gesamten Volkes». Der Erfolg dieses Appells hängt davon ab, daß alle Schichten des Volkes das richtige Verständnis für den bitteren Ernst der Lage haben, und man kann sich einigen Zweifels an dieser Einsicht nicht erwehren, wenn man von dem Massen-Andrang zu allen sportlichen Veranstaltungen liest.

Kritik an der Regierung

Auf der anderen Seite mehren sich die Anzeichen, daß die *kritische Stimmung gegenüber der Regierungspolitik zunimmt*. Die Nachwahl in dem Londoner Vorort Croydon hat zwar keine Veränderung in der parlamentarischen Vertretung gebracht, aber eine so beträchtliche Vermehrung der Stimmen des siegreichen konservativen Kandidaten, daß sie als symptomatisch angesehen werden kann. Auch 40 % der liberalen Stimmen sind auf ihn übergegangen, ein Beweis, daß die liberalen Wähler über die Notwendigkeit einer Konzentrierung der antisozialistischen Kräfte anders denken als die liberale Parteileitung.

Stellungnahme gegen Links

Gleichzeitig hat sich die Labour-Regierung genötigt gesehen, gegen Links Stellung zu nehmen, indem sie Kommunisten von allen Beamten-Posten ausschließen will, die mit Staatsgeheimnissen in Berührung kommen. So sehr die Gründe für eine solche Maßregel der Selbstverteidigung auf der Hand liegen, so unbehaglich fühlen sich Engländer aller Parteien bei dieser Abweichung von der alten Tradition grundsätzlicher Toleranz gegenüber jeder politischen Überzeugung.

Ignotus.

Politischer Bericht aus Ankara

Man schreibt uns:

Die Entwicklung, die die weltpolitische Lage in den letzten Monaten genommen hat, insbesondere natürlich das Vorgehen Rußlands in Rumänien, der Tschechoslowakei und Finnland, hat begreiflicherweise dazu beigetragen, die *außerpolitischen Besorgnisse der Türkei* zu steigern. Dazu kommt noch, daß die Situation in Griechenland keineswegs völlig geklärt ist. Zwar hat die dortige Rebellen-«Regierung» bislang keine irgend erheblichen militärischen Erfolge zu erringen vermocht; dennoch aber ist es Athen nicht gelungen, der Lage im ganzen Lande völlig Herr zu werden, d. h. zu der wiederholt angekündigten, bis heute jedoch ausgebliebenen Generaloffen-

sive gegen die kommunistischen Freischärler überzugehen, die immer wieder durch plötzliche Überfälle an den verschiedensten Orten Unruhe in das Land tragen. Die türkische Regierung verfolgt alle diese Vorgänge mit äußerster Aufmerksamkeit und verhehlt nicht, ihre westlichen Verbündeten mit Nachdruck auf die exponierte Situation hinzuweisen, in der sich die Türkei heute mehr denn je befindet.

Formal hat sich in den *türkisch-russischen Beziehungen* kaum eine Änderung vollzogen, wie kürzlich auch seitens des Außenministers *Necmeddin Sadak* hervorgehoben wurde. Allenfalls ist bemerkenswert, daß die Sowjetunion im Februar um das (inzwischen erteilte) *Agrément* für einen neuen Botschafter nachsuchte, der den lange verwaisten Posten in Ankara übernehmen soll. Zahlreiche Radio- und Zeitungsduelle haben jedoch gezeigt, daß die latente Spannung unverändert fort dauert. Als weiteres Symptom mag die erregte Auseinandersetzung erwähnt werden, die zwischen dem türkischen und dem russischen UNO-Vertreter Ende Februar in Lake Success stattfand, als letzterer — übrigens erfolglos — Einspruch gegen eine Vertretung der Türkei in der Wirtschaftskommission für den Nahen Osten erhob, worauf der türkische Delegierte *Selim Sarper* (zeitweilig Botschafter in Moskau) mit einem Antrag, Rußland aus dieser Kommission auszuschließen, replizierte. Jedenfalls aber wird von amtlichen und nichtamtlichen Persönlichkeiten jede nur irgend sich bietende Gelegenheit benutzt, um zu betonen, daß man, ungeachtet aller Größen- und Machtunterschiede, *keine Angst* vor dem östlichen Nachbarn habe und dieser nicht darauf rechnen solle, in der Türkei selbst durch schärfsten Druck eine Nachgiebigkeit erreichen zu können, wie sie in anderen Staaten zu beobachten war.

Die ausgesprochen feste, energische Haltung der türkischen Außenpolitik, die, wie wiederholt an dieser Stelle dargelegt, die Billigung *aller* Volkskreise findet, trat kürzlich auch in einem *Zwischenfall* zu Tage, der eine Woche lang die *türkisch-bulgarischen Beziehungen* einer nicht unerheblichen Belastungsprobe aussetzte. Es handelte sich dabei um die Tatsache, daß zwei türkische Militärflieger, die bei unsichtigem Wetter zu einem Übungsflug aufgestiegen waren, sich nach Bulgarien verirrt und dort abgeschossen wurden, wobei einer der Flieger ums Leben kam, ein anderer verletzt wurde. Während die Bulgaren behaupteten, die türkischen Flugzeuge hätten sich eine absichtliche Verletzung der bulgarischen Luftgrenzen zu schulden kommen lassen und trotz Warnungssignalen keine Anstalten zur Landung gemacht, vertrat Ankara den Standpunkt, aus dem ganzen Verhalten der Flieger, den Wetterverhältnissen usw. habe sich klar ergeben, daß nur ein Versehen vorliegen könne, und das Abschießen charakterisiere sich als ein ausgesprochen unfreundlicher, ja unmenschlicher Akt. Auf die sehr energisch gehaltene Note hin, die die türkische Regierung an Sofia richtete, wurde dann schließlich nach einigem Hin und Her, die Auslieferung des verletzten Fliegers sowie der Leiche seines verunglückten Kameraden zugestanden, dagegen verlautete bisher nichts, wie sich die bulgarische Regierung zu den gleichzeitig erhobenen Schadensersatzforderungen gestellt hat.

Es ist verständlich, daß die Ereignisse der jüngsten Zeit die türkische Regierung und Öffentlichkeit veranlaßt haben, speziell den USA die große strategische und politische Bedeutung in Erinnerung zu rufen, die dem Lande in der *Auseinandersetzung zwischen Ost und West* zukommt, und in diesem Zusammenhange die Notwendigkeit hervorzuheben, ihm größere und schnellere Hilfe angedeihen zu lassen. In der Tat ist die Türkei kaum in der Lage, die notwendigen Maßnahmen zur Modernisierung ihrer Armee allein, aus eigener Kraft durchzuführen. Kriegsschäden sind ihr zwar erspart geblieben, doch ist zu bedenken, daß das Land nun schon das neunte Jahr die Lasten einer erheblichen Teilmobilisierung trägt, die 40—50 % seiner Gesamtausgaben beansprucht. Tatsächlich wird ja nun auch in Amerika, insbesondere nach den jüngsten Erklärungen *Marshall's* vor dem Kongreß, anerkannt, daß eine *«Neuauflage»* der *vorjährigen 400 Mill. Dollarhilfe* an Griechenland und die Türkei erforderlich ist; nachdem zunächst von einem zusätzlichen Betrage von 125 Mill.

Dollar für die Türkei die Rede war, wird neuerdings nur eine Zahl von 75 Mill. genannt, die (neben weiteren 200 Mill. an Griechenland) im Sommer zur Verfügung gestellt werden sollen. Türkische Kreise haben sich dahin geäußert, die Hälfte der neuen Amerikahilfe werde zur Verstärkung der Luftstreitkräfte verwendet. Daneben finden laufend Lieferungen kleinerer Kriegsfahrzeuge statt; so sollen in der nächsten Zeit vier amerikanische Unterseeboote übergeben werden.

Alle diese Maßnahmen betreffen ausschließlich *militärische* Objekte. Daneben aber glaubt die Türkei, auch Anspruch auf *Hilfe zu ökonomischen Zwecken* zu haben, d. h. auf *Teilnahme am Marshall-Plan*. Es entstand daher eine große Erregung, als Ende Januar bekannt wurde, daß die USA den Standpunkt vertraten, eine solche Hilfe käme für die Türkei, die ja keinen Wiederaufbaubedarf im eigentlichen Sinne habe, nicht in Frage, vielmehr könne sie sich aus eigenen Mitteln die landwirtschaftlichen Maschinen u. dgl. beschaffen, die sie zum Ausbau ihres «*outillage national*» benötige, daneben auch gegebenenfalls Kredite bei der Internationalen Bank in Anspruch nehmen. Es ist bislang nicht ganz geklärt, inwieweit die — an sich ja recht ehrenvolle — Entscheidung der amerikanischen Regierung, die Türkei gehöre zusammen mit der Schweiz und Portugal in die Reihe der «*zahlungsfähigen Länder*», auf übertrieben optimistische Wirtschaftsberichte zurückgeht, die von Ankara selbst zur Verfügung gestellt worden waren, oder aber sich auf amerikanische Unterlagen und Beobachtungen stützt. Sicher ist, daß jene Entscheidung hier wie eine kalte Dusche wirkte. Es steht dahin, wieweit es den Bemühungen des Generaldirektors der Schatzamtsabteilung des Finanzministeriums, *Sait Ergin*, der schleunigst von der Regierung zur «*Aufklärung*» nach Washington beordert wurde, aber kaum über die für eine so heikle und bedeutsame Mission erforderliche Autorität und Fachkenntnis verfügt, gelingen wird, eine Änderung durchzusetzen.

Die *Wirtschafts- und Finanzlage* des Landes ist in Wirklichkeit nicht so rosig, wie man, geblendet durch die Fülle der Nahrungsmittel, die Auslagen der Geschäfte in Istanbul und die amerikanischen Luxusautos, die in reichlichem Maße im letzten Jahre importiert wurden und die Bewunderung selbst schwedischer, schweizerischer und englischer Besucher erwecken, anzunehmen geneigt ist. Eine wenig geschickte Wirtschaftspolitik hat es zuwege gebracht, daß die Segnungen der vor anderthalb Jahren vollzogenen Abwertung des türkischen Pfundes bereits weitgehend verpufft sind. Schon wieder machen sich gewisse — preisbedingte — Exporthemmungen geltend, es herrscht eine erhebliche Dollarknappheit (der «*schwarze*» Dollarkurs nähert sich der 4 Pfund-Grenze, gegenüber einem offiziellen Kurs von 2.80 heute und 1.80 — einschließlich Prämie — vor dem 7. September 1946), das Budget weist ein Defizit auf, im Großhandel zeigen sich Geldmangel und Absatzschwierigkeiten, und die Importeure beklagen sich über den künstlich überhöhten Sterlingkurs. Des weiteren zeigen sich die Folgen einer kurzsichtigen Getreideausfuhrpolitik (0,4 Mill. to Weizen), die das Kabinett *Recep Peker* im Vorjahre gegen den Rat der Sachverständigen befolgte und die nunmehr zu einer starken Verschlechterung der Brotqualität zwang. Überhaupt ist zu vermuten, daß die im öffentlichen wie im privaten Leben während der letzten zwei Jahre zu beobachtende Aufwandsfreudigkeit unter dem Zwang der Verhältnisse bald einer größeren Sparsamkeit wird Platz machen müssen. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß die Regierung sich kürzlich entschloß, freiwerdende Beamtenstellen bis auf weiteres nicht zu besetzen und die Durchführung der — im einzelnen vielfach ökonomisch irrationalen und im ganzen übertrieben großen — öffentlichen Bauvorhaben zunächst einmal gänzlich einzustellen. Von der immer wieder versprochenen Verbilligung der Lebenshaltungskosten ist jedoch noch nichts zu spüren; sie wird vermutlich auch weniger durch Regierungsmaßnahmen als durch gewisse Krisentendenzen der Wirtschaft selbst bewirkt werden.

Die *innenpolitische Lage* ist in den letzten Monaten immer stärker in Fluß geraten. Das Übergangskabinett *Hasan Saka*, das im September an die Stelle der Re-

gierung *Peker* trat, ist zwar ausschließlich aus — gemäßigt-farblosen — Mitgliedern der Volkspartei zusammengesetzt, hat aber eine Reihe von Forderungen verwirklicht (bzw. ihre baldige Verwirklichung angekündigt), die von der oppositionellen Demokratischen Partei seit langem erhoben wurden und zweifellos dem Wunsche der breiten Volksmassen nach einer «wirklichen Demokratie» entsprechen. Dazu gehört die Aufhebung des Belagerungszustandes in Istanbul, das Versprechen, dem Parlament 1949 ein neues Wahlgesetz zugehen zu lassen, das dem Grundsatz «Geheime Wahl, öffentliche Stimmenzählung» Rechnung trägt, und die Zusicherung, daß schon vorher bei Ersatzwahlen dieses Prinzip faktisch zur Anwendung gelangen werde; daneben ist eine Novelle zum Polizeigesetz zu erwähnen, durch die u. a. ein Paragraph aufgehoben wurde, dessen unklare und weite Formulierung der Regierung die Möglichkeit zu einseitigen Maßnahmen gegen «unerwünschte» Elemente bot. Jedenfalls hat man den Eindruck, daß die Demokratie «auf dem Marsche» ist, zumal da auch die Budgetdebatten im Dezember zu einer Kritik der Finanz-, Wirtschafts- und Innenpolitik der Regierung führten, wie sie in dieser Breite und Schärfe nie zuvor stattgefunden hatte.

Ob und in welchem Maße sich diese Entwicklung fortsetzen wird, erscheint im Augenblicke allerdings etwas zweifelhaft, da die *Oppositionspartei sich selbst in einer Krise befindet*, deren Ausgang sich nicht vorhersehen läßt. Am Beginn dieser Krise stand der Austritt *Kenan Öners* aus der Demokratischen Partei. *Öner*, der energische und kluge Leiter der Istanbuler Ortsgruppe, der zahlreiche Anhänger besitzt, hat sich bislang nicht eindeutig darüber geäußert, was ihn zu seinem ziemlich spektakulösen Ausscheiden bewog, doch scheinen bei seinem Schritt persönlicher Ehrgeiz und Ressentiments eine größere Rolle gespielt zu haben, als sachliche Gegensätze zu der von *Celal Bayar*, dem Parteiführer, vertretenen Politik. Versuche, zusammen mit dem früheren Generalstabschef Marschall *Cakmak*, dem «unabhängigen» Abgeordneten und früheren Unterrichtsminister *Hikmet Bayur* u. a. eine neue, dritte Partei zu gründen, blieben vorläufig ergebnislos.

Anlaß zu weiteren heftigen Auseinandersetzungen in den Reihen der Opposition boten Vorfälle, die mit der vor einigen Monaten vom Parlament beschlossenen *Erhöhung der Abgeordneten-Diäten* zusammenhängen. Es versteht sich, daß diese Maßnahme, die im gleichen Augenblicke erfolgte, wo die Vertreter beider Parteien sich für äußerste Sparsamkeit in der Staatshaushaltsführung aussprachen, politisch höchst ungeschickt war und vom Volke nicht eben als opportun empfunden wurde. Die demokratischen Abgeordneten benutzten denn auch diese Gelegenheit zu einer entschiedenen Opposition, jedoch stellte sich nunmehr heraus, daß eine Reihe von ihnen, entgegen der offiziellen Parteiparole, die ihnen zugeflossenen Mehreinkünfte nicht der Parteikasse bzw. charitativen Einrichtungen überwiesen, sondern in die eigene Tasche steckten. Kein Zweifel, daß das Bekanntwerden dieser Tatsache und gewisser Begleitumstände dazu beitrugen, das Ansehen der Partei im Volke stark herabzusetzen; hatte man doch gehofft, die Opposition würde nicht nur in Worten, sondern auch in Taten sich von der Regierungspartei unterscheiden, der man vorwirft, sie dulde gewisse höchst unerfreuliche Erscheinungen im öffentlichen Leben (Bestechungsunwesen u. dgl.).

Als letztes Ereignis aus dem innenpolitischen Leben der vergangenen Monate seien *Vorfälle* erwähnt, die sich *an der hiesigen Universität* abspielten. Sowohl im Parlament als auch in gewissen Kreisen der Öffentlichkeit waren schon wiederholt Vorwürfe gegen drei Mitglieder des Lehrkörpers der Universität erhoben worden, die beschuldigt wurden, kommunistischen Ansichten zu huldigen (nicht etwa: Propaganda zu treiben!). Aufgehetzt von zweifelhaften Elementen, aber auch von Persönlichkeiten, die der Regierung nicht fern stehen, veranstalteten schließlich die Studenten Demonstrationen gegen jene Professoren und Dozenten, in deren Verlauf der Rektor unter peinlichen Umständen zum Rücktritt gezwungen wurde. Der Senat beschloß kurz darauf, die «linksgerichteten» Professoren ihres Amtes zu entsetzen,

was in demokratischen Kreisen des In- und Auslandes, da dieser Beschluß offensichtlich unter dem Druck jener Demonstration erfolgt war, unangenehmes Aufsehen erregte. Inzwischen ist dann aber Ende Februar durch den *interuniversitären Ausschuß*, der gesetzlichen Berufungsinstanz, an den die Betroffenen appelliert hatten, der Beschluß des Ankaraer Senats, der mit den Prinzipien der Freiheit der Wissenschaft kaum vereinbar war, wieder aufgehoben worden. Es bleibt abzuwarten, ob und in welcher Form dieser Entscheidung nunmehr Rechnung getragen werden wird.

Brief aus China

Man schreibt uns mit Datum vom 29. Februar aus Peiping:

Inmitten des *chinesischen Neujahrsfestes* vom 10. Februar, das Nordchina, seinem alten Bauern-Mondkalender treu, gegenüber früheren Jahren sogar in vermehrtem Maße mit Feuerwerk und Raketen feierte, sprach man besorgt vom Rückzug der Regierungstruppen auf Mukden und von einer vielleicht bevorstehenden völligen Räumung der Mandschurei. Die Panik erfaßte auch die Presse, welche die Evakuierungsmaßnahmen der Engländer aus der Mandschurei so darstellte, als ob sie sich auch schon aus Nordchina zurückzögen. Sogar die chinesische Intelligenz sandte durch 18 Professoren sechs führender Universitäten einen offenen Brief mit der Bitte um militärische und wirtschaftliche Hilfe gegen die Kommunisten an leitende Amerikaner, *the future of Chinese democracy and independance* zu retten. Diese Professoren sind amerikanisch ausgebildete und orientierte Dozenten, — der Rektor einer der beteiligten Universitäten wurde kürzlich amerikanischer Botschafter in China, — wenn man daher diesen Brief für bestellte Arbeit halten könnte, so läßt sich nicht bestreiten, daß die Lage sehr ernst ist.

Die amerikanisch orientierte Intelligenz bildet das Rückgrat der *Kuomintang*, der Regierungspartei, die seit 1927 durch die *Nanking-Regierung* die Geschicke des ganzen chinesischen Volkes leitet. Wie ist es zu erklären, daß man nicht mit den Kommunisten fertig wird? — Die chinesische kommunistische Bewegung ist nicht nur Moskauer Propaganda - Schöpfung, sondern als Bauernbewegung unter der Kuomintang-Regierung groß geworden!

Das von amerikanischer Demokratie inspirierte Revolutionsprogramm Dr. *Sun Yat-sen's*, auf dem *Chiang Kai-shek* 1927 die Kuomintang-Regierung gründete, war in erster Linie auf kapitalistische Industrialisierung Chinas abgestellt. Dr. Sun's langjähriger Mitarbeiter Dr. *Amann* machte schon damals in seinem Buch «Bauernkrieg in China» auf die Agrarnot des chinesischen Bauern aufmerksam, die in jenen Jahren zur Entstehung einer kommunistischen Bauernregierung geführt hatte. Diese forderte, unter Leitung revolutionärer, von Moskau inspirierter Studenten, die Enteignung der grundbesitzenden, kapitalistischen Klasse und radikale Änderung der Pachtverhältnisse. Chiang Kai-shek, der sich reaktionärer Generäle und politischer Rivalen zu erwehren hatte, brauchte aber diese grundbesitzenden Kapitalisten in der Kuomintang, die seine militärische Aufrüstung finanzierten; überdies hätten agrarrevolutionäre Maßnahmen im anleihegeneigten Ausland, besonders im demokratischen Amerika, einen abschreckenden Eindruck gemacht. So sagte er milde Agrarreformen zu, kam aber in den nächsten Jahren, die von Feldzügen gegen Kommunisten und innerpolitische Gegner erfüllt waren, nicht zu ihrer Durchführung. Die Kommunisten wurden durch ganz China nach dem Nordwesten abgedrängt, jedoch nicht vernichtet. In Nanking und Shanghai aber begann, unter

Führung der Kuomintang-Kapitalisten, eine Aufbau- und Industrie-Gründerzeit, mit Grundstückspreissteigerungen, die sogar amerikanische Möglichkeiten hinter sich ließen, und es gab um Shanghai wohl kein Reisfeld mehr, dessen Ernte nicht zuvor vom Halm weg verspekuliert war. Die Wühlarbeit der kommunistischen Bewegung, von ihrer Zentrale Yen-an in Nordwest-Shensi geleitet, ging weiter, da die Agrarreformen völlig vernachlässigt wurden.

Da fiel 1937 Japan in China ein. Chiang Kai-shek mußte vor allem den Landesfeind bekämpfen und da auch die kommunistische Armee sich an der Abwehr beteiligte, schien die Gegnerschaft zwischen beiden Parteien einstweilen beigelegt zu sein. Ein geeinigtes China schien ein starkes China werden zu können, — ganz China mit seinen 460 Millionen begriff dieses Ziel und stellte sich hinter Chiang Kai-shek, den das Ausland bewunderte. Aber er kämpfte mit zu ungleichen Waffen, nur mit dem Raum des weiten Landes und den — in erster Linie kommunistischen — Guerrillas gegen japanische Bomber, die die Japaner noch bis 1941 aus Amerika erhielten! — England konnte nicht helfen, die UdSSR fiel, infolge Bedrängung durch Deutschland, mehr und mehr aus. Bei allen humanitären Sympathien amerikanischer Propaganda ließ amerikanische Hilfe so lange auf sich warten, bis alle Zufuhrstraßen nach Chungking von den Japanern beherrscht wurden. Chiang Kai-shek stand das Wasser an der Kehle. Er war auf die Hilfe von Amerika angewiesen, um jeden Preis, zu jedem Opfer bereit... Da erst setzte die amerikanische Hilfe ein um einen Preis, der in zwei bis heute nicht veröffentlichten Geheimabkommen verhandelt wurde: Amerika ließ sich die gesamte Mineral- und Erdöl-Ausbeutung der fünf nordwestlichen Provinzen Chinas, einschließlich Turkestans, auf 30 Jahre überschreiben! UdSSR, die hier seit Jahrzehnten in Erdölförderung vorgearbeitet hatte, konnte 1942 nichts gegen diesen Vorstoß amerikanischen Wirtschaftsimperalismus tun, der, wie überall, rücksichtslos seinem Weltmonopol von Öl und Atom-Mineralien nachging.

Die wachsende Zwangslage Chiang Kai-sheks wurde in Yen-an mit Befriedigung wahrgenommen. Die Kommunisten hatten großen Studenten-Zulauf von amerikanischen Missions-Universitäten gehabt und standen mit den amerikanischen Missionaren (Schreckensberichte über kommunistische Gewalttaten füllen heute jede «Time»-Nummer) wegen Lieferungen von Medikamenten und vieler anderer Dinge auf bestem Fuß. Jetzt wurden sie auch von amerikanischen Journalisten-Cliquen «entdeckt», die sich in «Life» und anderen Magazinen die Finger für das «junge, das kommende China in Yen-an» abscriben und Chiang Kai-shek als «Dictator and totalitarian» angriffen. Bald setzte ein Zustrom amtlicher amerikanischer Besucher nach Yen-an ein. Man hörte von amerikanischen Lieferungen, z. B. von einer modernen Radio-Sendestation (zwecks Erleichterung kommunistischer Propaganda?). Dies übersteigerte Interesse gipfelte im Verlauf des Krieges in zunehmender Zusammenarbeit amerikanischer Militärs und Flieger mit den Kommunisten zwecks Unterhaltung von Fliegerstationen usw., aber in Chungking und in der internationalen Öffentlichkeit wurde diese Parteinahme des demokratischen Amerika für die Kommunisten nicht mehr verstanden.

Der Grund lag in der amerikanischen Besorgnis um die neuerworbenen Öl- und Mineral-Interessen. Die Sorge, daß die UdSSR sich eines Tages, um ihre verlorenen Interessen zurückzugewinnen, der chinesischen Kommunisten in Nordwestchina bedienen könnte, zwang Amerika, die kommunistische Yen-an-Regierung gleichberechtigt gegenüber dem demokratischen Chiang Kai-shek-China an den Verhandlungstisch zu setzen! Die Sorge um die Interessen seiner «Dollar-diplomacy» zwang Amerika, Chiang Kai-shek durch General Marshall eine Nichtangriffszeit von einem Jahr gegen die Kommunisten aufzuerlegen, die sich um keinen Waffenstillstand kümmerten und in ihrer rücksichtslosen Kriegführung sogar amerikanische Truppenkörper und Materialtransporte überfielen. Dieses von Amerika erzwungene Stillhalte-

jahr, das die Kommunisten zu fortschreitender Verwüstung Nordchinas ausnutzten, hat Chiang Kai-shek, aber auch Amerika eine Einbuße an Popularität von über-raschendem Ausmaß eingetragen.

Die Meinungen gehen darüber auseinander, ob Chungking bei Kriegsende militärisch noch fähig war, die Kommunisten zu liquidieren, — Amerika zweifelte, wie seine Haltung zeigt, schon damals daran. Die Chiang Kai-shek aufgezwungene Wartezeit, in der General *Marshall* seine Vermittlungsaktion durchsetzen wollte, brachte zwangsläufig die psychologisch nach jedem Krieg verständliche Erschlaffung und den Verfall in der chinesischen Verwaltung und Armee. Dazu kamen die aus der Berührung weiter Kreise mit amerikanischem Militär und seinem höheren Lebensstandard resultierenden Geldbedürfnisse und Preissteigerungen, die wieder zu moralischen Schäden und Korruptionsfällen führten. Diese Folgeerscheinungen wurden durch amerikanische Abstoßung der bekannten «Surplus-Waren», an denen Amerika reich wird, mit denen aber die Chinesen (z. B. mit Kondensmilch und europäischer Frauenkleidung!) nichts anzufangen wissen, weiter beschleunigt. Amerika aber zog sich aus Nordchina zurück und überließ es Chiang Kai-shek, mit dem ihm eingebrockten Brei fertig zu werden, um nicht mit eigenen amerikanischen Truppen die mit amerikanischer Hilfe erstarkten Yenan-Kommunisten bekämpfen zu müssen.

Seither hat sich Chinas innere Lage nur verschlechtert. Die Regierungstruppen können, halb amerikanisch organisiert und durch Materialmangel behindert, mit den Kommunisten nicht fertig werden. Wie eine Epidemie breitet sich die Inflation über das kriegsverheerte Land, dessen sinkende Steuereingänge die Last des unproduktiven Militärbudgets nicht decken können. Die Agrarfrage, seit damals ungelöst, hat sich weiter verschlimmert, daher ist die Regierung mehr denn je auf Dollar-Anleihen angewiesen. Ist Chinas Reichtum an Wolfram, Antimon und Zinn auch verpfändet? — Und in diesem Notjahr gibt die Regierung dem chinesischen Volk, das in seiner Masse dieser «sham-democracy» fremd gegenübersteht, auf dem Papier eine neue demokratische republikanische Verfassung, — keine Währungsstabilisierung, keine Wirtschaftsreformen!

Auf den eingangs zitierten Hilferuf der amerikanisch-orientierten Intelligenz aber erteilt General Marshall, der seine China-Erfahrungen gemacht hat, im Kongreß am 27. Februar kühl die Antwort: «... It would be a waste of effort for the United States to attempt to stabilise China's economy at the present time»!